

Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Räumungsaktion auf der Allmend und Polizeiübergriffe gegen Jenische

Am 22. April 2014 haben sich, offenbar auf Zuweisung der Polizei, mehr als 100 Fahrzeuge von jenischen Familien auf der Kleinen Allmend niedergelassen, um auf ihre Diskriminierung und Stigmatisierung aufmerksam zu machen. Am Tag darauf beschloss der Gemeinderat die sofortige Räumung des Camps, weil der Platz für die BEA gebraucht werde. Zudem sei es nicht Aufgabe der Stadt, sondern des Kantons, Standplätze zur Verfügung zu stellen (als wenn die Stadt nicht auch viele andere Aufgaben freiwillig übernehme, z.B. die Organisation eines Cupfinals...). Der Gemeinderat sehe auch keinerlei Möglichkeiten, den Fahrenden für ihren Protest einen anderen Standort auf dem Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen, auch kurzfristig nicht. Am heutigen Donnerstagmorgen wurde – ohne offizielle schriftliche Räumungsverfügung – damit begonnen, dass Camp mit einem grossen Polizeiaufgebot zu räumen, obwohl es sich inzwischen gezeigt hatte, dass die BEA nicht unbedingt auf die betroffenen Parkplätze der Kleinen Allmend angewiesen war.

Gemäss einem dringlichen Brief von Amnesty International an den Gemeinderat ist es auf der Kleinen Allmend zu Polizeiübergriffen gegen Jenische gekommen. Wörtlich schreibt die angesehene Menschenrechtsorganisation u.a.:

„Wir wurden heute Mittag von den Jenischen kontaktiert, die sich zurzeit auf der Kleinen Allmend befinden. Da sich diese über einen gewaltsamen Polizeieinsatz gegenüber einem Kollegen beklagten, gingen Frau ... und ich vor Ort, um Zeugenaussagen zum geltend gemachten Übergriff einzuholen. Wir wurden über einen tätlichen Übergriff, zwei verbale Übergriffe und Drohungen seitens gewisser Polizisten informiert. Eine Person befand sich während unserer Anwesenheit im Spital, und wir konnten noch nicht mit ihr sprechen, sondern nur Aussagen von Augenzeugen entgegennehmen. Während unseres Aufenthalts filmten Polizisten vom Dach eines nahen Gebäudes den vorübergehenden Standplatz der Jenischen mit riesigen Spezialkameras“.

Zudem baten Amnesty International Schweiz und die Gesellschaft für bedrohte Völker, den Protestierenden kurzfristig einen andern Standort zur Verfügung zu stellen, damit sie von dort Verhandlungen mit dem Kanton und andern Gemeinden führen können.

1. Hat der Gemeinderat die im Brief von Amnesty International Schweiz festgestellten Übergriffen der Polizei abgeklärt? Wenn Ja, mit welchen Ergebnissen? Ist er bereit, die Vorwürfe, sollten sie zutreffen, durch eine unabhängige Instanz überprüfen zu lassen?
2. In seiner Medienmitteilung vom 23. April 2014 hat der Gemeinderat sein „Verständnis für die Forderung der Fahrenden nach mehr Standplätzen in der Schweiz“ betont. Weshalb begann er am drauffolgenden Tag die Kleine Allmend mit einem grossen Polizeiaufgebot überstürzt und ohne Ersatzangebot zu räumen?
3. Warum wurde den Jenischen vom Gemeinderat nicht für eine gewisse Zeit zum Beispiel das Gaswerkareal oder die leerstehende Campinganlage Eichholz angeboten?
4. Würde es der Regierung der Bundesstadt, deren Bevölkerung sich immer wieder offen für fortschrittliche Lösungen zeigt, nicht gut anstehen, das Recht einer offiziell anerkannten nationalen Minderheit auf ein menschenwürdiges Leben zu unterstützen?

Begründung der Dringlichkeit

Eine Überprüfung von Polizeiübergriffen ist nach mehreren Monaten kaum mehr möglich. Die begonnene Räumung hat viele Fragen aufgeworfen, die sofort geklärt werden müssen.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 24. April 2014

Erstunterzeichnende: Luzius Theiler

Mitunterzeichnende: Franziska Grossenbacher, Leena Schmitter, Seraina Patzen, Rolf Zbinden, Christa Ammann, Cristina Anliker-Mansour, Mess Barry, Esther Oester, Stéphanie Penher, Christine Michel, Martin Krebs